

# Wilsdruffer Tageblatt

Jernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung des Wilsdruffers...  
 Die Wilsdruffer Zeitung...  
 Die Wilsdruffer Zeitung...  
 Die Wilsdruffer Zeitung...



Ersteilung des Wilsdruffers...  
 Die Wilsdruffer Zeitung...  
 Die Wilsdruffer Zeitung...  
 Die Wilsdruffer Zeitung...

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 159

Dienstag den 11. Juli 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

**Winterkohle.** Die Amtshauptmannschaft hat nach Rücksprache mit dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin feststellen können, daß aller Voraussicht nach aus verschiedenen Gründen die Kohlenversorgung für den Küchenbrand im kommenden Winter der des Vorjahres noch nachstehen wird. Der Reichskommissar hat deshalb der Amtshauptmannschaft auf ihre dringlichen Vorstellungen den Bezug einer größeren Menge böhmischer Braunkohlen auf dem Bahn- und Wasserwege freigegeben. Die Kohle soll noch im Laufe des Juli eintreffen. Trotz des voraussichtlich hohen Preises wird der Bevölkerung sowie Behörden und Schulen dringend empfohlen, von dieser letzten Möglichkeit der Anschaffung eines Wintervorrates an Kohlen den größtmöglichen Gebrauch zu machen. Der Bezug ist bei den Kohlenhändlern bis spätestens den 12. Juli 1922 abends 6 Uhr anzumelden. Die Kohlenhändler haben die in Auftrag gegebene Gesamtmenge bis 14. Juli mittags der Amtshauptmannschaft durch Fernsprecher oder schriftlich zu melden. Später eingehende

Meldungen können nicht berücksichtigt werden, da der Bezug nur noch im Laufe des Monats Juli möglich ist. — Die Hälfte der bezogenen Menge wird auf Kohlenkartenabgabe angerechnet.

Es wird den Gemeinden empfohlen, für die Einwohner, die nicht in der Lage sind, sich schon jetzt für den Winter einzudecken, eine entsprechende Menge Kohlen für eigene Rechnung auf Lager zu nehmen.

Meißen, am 7. Juli 1922. II R 525 a Die Amtshauptmannschaft.

**Wegen Massenschutz** ist der Weg vom Rittergut Limbach nach Birkenhain mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft gesperrt.

Der Verkehr wird über die Staatsstraße verwiesen.

Limbach, den 10. Juli 1922.

Der Gemeindevorstand.

## Ein Moratoriumsgefuß Deutschlands.

### Zahlungsunfähigkeit am 15. Juli.

Berlin. Die Reichsregierung hat sich zu einem Moratoriumsgefuß an die Reparationskommission entschlossen mit dem Ziele, daß die Barzahlungen auf längere Zeit verteuert werden möchten, um so eine Atempause zu bekommen. Die Verhandlungen sind bereits im Gange. Die Staatssekretäre Fischer und Schröder sind nach Paris abgereist, um mit der Reparationskommission in Fühlung zu treten. Voraussichtlich wird sich auch Staatssekretär Bergmann an diesen Verhandlungen beteiligen.

### Das Fallen des Franken.

Paris, 8. Juli. Der Sturz der Mark vollzieht sich mit immer wachsender Geschwindigkeit. Er ist von gestern auf heute um fast 40 Cents, d. h. von Fr. 2,78 auf 2,41 für 100 M zurückgegangen. Der neue Sturz scheint diesmal wieder von Deutschland ausgegangen zu sein. Stark dazu beigetragen hat die Meldung, daß die deutsche Regierung das Garantiefomitee benachrichtigt haben soll, daß sie nicht in der Lage sei, die Zahlung für den 15. Juli zu leisten. Die Befürchtungen der hiesigen Finanzkreise, daß auch der Franken in den neuen Marksturz mitgerissen werde, scheint sich schnell zu erfüllen. Das Pfund ist heute um 2 Fr., von 54,72 auf 56,58, der Dollar von 12,26 auf 12,69 gestiegen. Die sehr beträchtliche Kündigung englischer und amerikanischer Guthaben bei den hiesigen Banken lassen einen weiteren Rückgang des Frankens befürchten.

## Der Widerhall der deutschen Finanzkrise in Paris und London.

Paris. Die schwere Finanzkrise, von der Deutschland geschüttelt wird, verursacht in Paris und London Aufregung. Das offizielle Blatt Poincarés, der „Petit Parisien“, stößt angesichts der bedrohlichen Finanzlage Deutschlands einen wahren Schreckensschrei aus, vor allem deshalb, weil Deutschland demnächst die Verminderung der Kohlenlieferungen beantragen und die Reparationszahlungen einstellen wird. Allerdings behauptet das Blatt, daß Deutschland beantragen wolle, im Laufe des Jahres 1922 noch die restlichen Geldzahlungen in Höhe von 330 Millionen Goldmark zu bezahlen, aber nur unter der Bedingung, daß man es für 1923 und 1924 aller weiteren Geldzahlungen entbinde. Als Entschädigung würde Deutschland anbieten, nicht nur 1 Milliarde 450 Millionen Goldmark Naturalieferungen zu leisten, sondern für 2 Milliarden solche Lieferungen anzubieten; denn wenn Deutschland keine Geldzahlungen leisten müßte, so hätte es weniger Schwierigkeiten, um durch Inlandsanleihen die Naturalieferungen zu finanzieren. Der „Petit Parisien“ erklärt, daß Deutschland zwar in voller wirtschaftlicher Blüte steht, wofür Hamburg das beste Beispiel biete, welches bereits Antworten und Rotterdam geschlagen habe und zahlreiche Banken und Fabriken errichte. Aber dieser wirtschaftliche Reichtum sei nur äußerlich. Die ganze Industrie könne nur auf der Höhe bleiben, wenn die Mark weiter sinke. Infolgedessen laufe man Gefahr, daß Deutschlands Finanzen auf denselben Standpunkt gelangen werden, wie in Oesterreich. Dies hätte vermieden werden können, wenn man Deutschland gezwungen hätte, im Ausland Anleihen aufzunehmen (!) und die Mark zu stabilisieren. Das ist natürlich aufgegebenem Ansinn, denn äußere Anleihen Deutschlands wären von der Reparationskommission niemals zugelassen worden, weil der französische Vertreter sich immer widersetzt hätte. Der „Petit Parisien“ behauptet weiter, daß man durch die Arbeiten des Garantiefomitees zu Sparsmaßnahmen gelangen könnte. Uebrigens verschließt sich das Blatt der Ansicht nicht vollkommen, daß selbst das vielgerühmte Garantiefomitee die Finanzkatastrophe in

Deutschland nicht aufhalten könnte. Das Schlimmste für Frankreich liege darin, daß Deutschland nicht einmal die Reparationen in natura werde aufbringen können, weil es diese nicht werde bezahlen können. Ganz anders wäre die Situation gewesen, wenn man Millerands Vorschläge im Jahre 1920 angenommen hätte, Deutschland einen Teil seiner Schulden nachzulassen und dafür als Gegenwert einen Teil der interalliierten Schulden abzutreiben. Da also die Kompensierung zwischen deutschen und alliierten Schulden nicht erfolgte, bleibt nicht anderes übrig, als die Hoffnung, daß die französischen Staatslenker entschlossen und klug sein werden, einem Zusammenbruch der deutschen Finanzen vorzubeugen, weil dieser unheilbar sein könnte.

Dieser platonische Wunsch des „Petit Parisien“ befragt natürlich garnichts über die Absichten, welche das Kabinett Poincaré verfolgt. Mehr aufgeklärt wird man überdies durch eine Mitteilung des „Echo de Paris“, in der es heißt, daß die Forderung Deutschlands, im Jahre 1922 noch die restlichen Geldzahlungen auszubringen, wenn die Jahre 1923 und 1924 ohne solche Geldzahlungen vergingen, zu zwei Anschauungen führten. In Frankreich erklärt man, daß Deutschland allerdings unfähig sein könne, gegenwärtig seine Verpflichtungen zu erfüllen. Aber diese Unfähigkeit sei eine Folge seiner früheren Politik; infolgedessen seien die „Verfehlungen“ der Reichsregierung „absichtlich“.

Würde Frankreich tatsächlich auf diesem Standpunkt stehen, so würde es, was tatsächlich das „Echo de Paris“ einstweilen verschweigt, auch die nötigen Folgerungen aus dieser absichtlichen Verfehlung ziehen, und man weiß, worin diese bestehen: Ausdehnung der Strafmaßnahmen in Form militärischer Befehle. Aber das „Echo de Paris“ hebt auch hervor, daß auch eine andere Ansicht bestehe, daß man sich nämlich ausschließlich um die gegenwärtige Finanzlage Deutschlands zu kümmern habe, ohne die Vergangenheit ins Auge zu fassen. Infolgedessen seien die „Verfehlungen“ Deutschlands „unfreiwillig“. Diese Tatsache habe man einfach festzustellen.

Wie in Paris, ist man auch in London über die schwere Finanzkrise, die über Deutschland hereingebrochen ist, außerordentlich erregt, und hierüber weiß der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ wertvolle Mitteilungen zu machen, die er von einem Amerikaner erhielt, der mit Lloyd George zusammen reiste. Danach seien in der Downingstreet Nachrichten beunruhigender Art aus Berlin eingetroffen. Die finanzielle Zerstückelung Deutschlands könnte den Fall der republikanischen Regierung herbeiführen und ein offener Konflikt zwischen den Monarchisten und den Kommunisten könnte ausbrechen, wodurch Deutschland dem Chaos verfielen. Lloyd George sei durch die Mitteilungen der englischen Berichterstatter in Deutschland außerordentlich erregt. Er habe mit Schanzer über die Maßnahmen gesprochen, welche die Alliierten ergreifen müßten, wenn der Zusammenbruch sicher sein sollte. Zwischen der Downingstreet und dem Quai d'Orsay werde über die Lage in Deutschland eifrig konferiert. Die für Ende Juli zwischen Lloyd George und Poincaré vorgesehene Konferenz könne deshalb vorgeschoben werden, falls die Lage in Deutschland sich verschlimmerte.

Mailand, 8. Juli. Wie der Londoner Korrespondent des „Secolo“ berichtet, ist man in englischen Regierungskreisen lebhaft beunruhigt über die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland, die in dem neuen Marksturz eine der bedenklichsten Folgen habe. Der britische Kabinettsrat hat sich mit der Prüfung dieser Zustände befaßt. Eine Umsturzbewegung scheint nur vermieden werden zu können, wenn die Berliner Regierung sofort mit aller Tatkraft eingreife. Wenn aber ihre Anstrengungen zur Unterdrückung der sich vorbereitenden inneren Erregung nicht von wohlwollendem Verständnis der Alliierten für die deutsche Lage begleitet seien, erscheine eine neue Krise unvermeidlich. Wenn man Deutschland und damit ganz Europa helfen wolle, müßte man hinsichtlich der Wiedergutmachungen und der Anwendung des Versailler Vertrages Zugeständnisse machen. England sei sich der großen Gefahr bewußt und deshalb zum Entgegenkommen bereit, aber Frankreich behalte sich seine diesbezüglichen Entscheidungen vor.

London, 8. Juli. Der Berliner Vertreter der „Times“ schreibt zum erneuten Sturz des Markens: Die Aussicht auf regelmäßige monatliche Reparationszahlungen schwindet immer mehr. Nur eine praktische Aktion von außen her kann das

Vertrauen wieder herstellen. Die letzten französischen Vorschläge über die Beteiligung deutscher Arbeitskräfte am Bau von Wasserstraßen in Frankreich können das Reparationsproblem nur erleichtern, wenn sie einen Ersatz der monatlichen Barzahlungen darstellen oder bis zu einem gewissen Grade fördern.

## Vor einer neuen Reparationskonferenz?

Schanzers Besprechungen mit Lloyd George und Poincaré.

Paris, 9. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal“ teilt mit, am kommenden Dienstag werde ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsitz Lloyd Georges abgehalten werden, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigen werde. Der Berichterstatter glaubt, daß Lloyd George sich mit Außenminister Schanzer über die Einberufung des Obersten Rates verständigt habe, und daß letzterer heute hierüber in Paris mit Poincaré verhandeln werde. Lloyd George habe noch gestern abend vor seiner Abreise aus Land mit dem Schatzkanzler Horne gesprochen, der seinerseits sich sofort zu Chamberlain begeben habe. Letzterer habe ihn sogar im Krankenzimmer empfangen. Die Unterredung habe sich auf die deutschen Zahlungen und auf die Kriegsschulden der Alliierten bezogen.

Paris, 9. Juli. Der italienische Außenminister Schanzer hatte heute vormittag eine zweistündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Der italienische Minister weigert sich, irgendeine Mitteilung darüber zu machen, jedoch glaubt die Agence Havas mitteilen zu können, daß die Verhandlungen allgemeinen Charakters trugen und zu keiner Entscheidung führten. Es sei nicht davon die Rede gewesen, den Obersten Rat zusammenzuberufen. Nach der Agence Havas geht die Meinung in offiziellen italienischen Kreisen dahin, daß in der Reparationsfrage keine Lösung herbeigeführt werden könne, bevor das in Berlin befindliche Garantiefomitee der Reparationskommission seinen Bericht über die Finanzkontrolle erstattet habe. Das scheint auch die Ansicht zu sein, die in den interessierten Kreisen in Paris vorherrsche. Nach dem „Temps“ findet keine weitere Unterredung zwischen Schanzer und Poincaré statt, da ersterer schon heute abend die Reise nach Rom angetreten hat.

### Frankreich für Einberufung des Morgan-Komitees?

Paris, 8. Juli. In Paris herrscht beträchtliche Aufregung über die Meldung, Deutschland verlange ein neues Moratorium. Der furchtbare Kurssturz der Mark erweckt hier weitgehende Befürchtungen, einmal wegen des Zusammenbruchs der Reparationszahlungen, zum andern aber fürchtet man auch weiter ernstlich für den Frankens. Wie verlautet, will die französische Regierung das Morgan-Komitee zu sofortigem neuen Zusammentritt veranlassen. Die Reparationskommission ist heute zu einer dringenden Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten.

Wie in Pariser politischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die französische Regierung im Zusammenhang mit den bevorstehenden Verhandlungen über das Moratorium bei der Reparationskommission darauf zu dringen, daß die deutsche Regierung energische Maßnahmen zur Unterbindung der wilden Devisenspekulation an den deutschen Börsen ergreife. Man ist in Regierungskreisen der Auffassung, daß die augenblickliche Unterbewertung der Mark im deutschen Inlande in den tatsächlichen Verhältnissen keine ausreichende Begründung findet.